

einem Manne wie Hugo Preuß als Vollendung der Demokratie vorschwebte und das er mit den Worten „dezentralisierter Einheitsstaat“ bezeichnete. Die Reichsverfassung hat nur die Grundlage, aber keineswegs die Verwirklichung hierfür geschaffen. In einem Privatbrief an mich hat Hugo Preuß im Zusammenhang der hier entwickelten Ideengänge die Weimarer Verfassung als „verfassungspolitischen Waffenstillstand“ bezeichnet. Die demokratischen Parteien handeln nur im Sinne der Verfassung und ihres Schöpfers, wenn sie nunmehr nach achtjährigem Waffenstillstand mit der Parole des dezentralisierten Einheitsstaates zum Kampf für die Vollendung der Verfassung und Durchführung der sie beherrschenden Leitgedanken übergehen. Eine wahrhafte Realpolitik besteht darin, daß der Staatsmann die durch die geschichtliche Entwicklung zur Lösung reif gewordenen Aufgaben erkennt und zur Ausführung bringt. Eine solche Politik, die Idee und Wirklichkeit verbindet, ist gleich weit entfernt von tragem Opportunismus, der gedankenlos hinter allen geschichtlichen Ereignissen hinterherläuft, wie von einem phantastischen Radikalismus, der keinen Boden in der Wirklichkeit hat. Ein Mann aus ganz anderem Lager, Julius Stahl, der Gründer der konservativen Staatstheorie, hat mit Recht gesagt, daß keine Regierung sich auf die Dauer behaupten kann, „ohne in sich gerüstet zu sein, ohne ein abgeschlossenes, des Zieles wie der Mittel sicheres System der Verwaltung“. Da in der parlamentarischen Demokratie die Parteien Träger der Regierung sind, haben alle auf dem Boden der Demokratie stehenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die in ihnen angesammelte gesellschaftliche Massenkraft für die beiden großen Grundgedanken aller demokratischen Verwaltungsreform zu mobilisieren: Für Einheitsstaat und Selbstverwaltung.

#### § 10. Die preußische Verwaltungsreform.

Ich habe nun aber bei Beschreibung des Weges zum Einheitsstaat ein großes Hindernis unerwähnt gelassen, das als gewaltiger Felsblock mitten auf der Straße liegt. Es ist das Problem: Preußen und sein Verhältnis zum Reich. Selbst wenn man den Ländern alle politischen wichtigen Kompetenzen entzieht und sie zu Selbstverwaltungskörpern macht, bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß Preußen zwei Drittel des deutschen Reichsgebiets umfaßt. Ebensovienig wie im gegenwärtigen Augenblick die Neugliederung des Reiches Aussicht auf Erfolg bietet, hat die Zerschlagung Preußens, die im November 1918 auf revolutionärem Wege mit gleichzeitiger Schaffung einer starken Reichsgewalt möglich gewesen wäre, zurzeit irgendeine Möglichkeit der Verwirklichung. Der von Vertretern aus den verschiedensten Parteilagern gemachte und in der Literatur immer wieder neu auftretende Vorschlag, Preußen zum Reichsland zu machen, den schon, wenn ich nicht irre, der alte Kardorff nach der Gründung des Norddeutschen Bundes machte, ist nur ein Traum — und nicht einmal ein schöner. Seine politische Unmöglichkeit tritt sofort zutage, wenn wie gegenwärtig Preußen und Reich von gegensätzlichen Regierungscoalitionen beherrscht werden. Hält man sich realpolitisch an den Gang der Dinge und gibt keinen utopischen Wunschplänen Raum, so eröffnet sich auch hier als die einzige Lösungsmöglichkeit, die uns ein Stück des Weges vorwärts bringt, die Ver-